Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes

Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 8 (1967)

Heft: 23

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kuba-Sowjetunion

Die Rubelbrücke

Nach einem Bericht der ostdeutschen Zeitung «Die Wirtschaft» soll mit sowjetischer Hilfe noch in diesem Jahr der Bau eines Atomreaktors in Angriff genommen werden. Der Uranbrenner ist ein Geschenk der UdSSR, die auch die Atomwissenschafter zur Verfügung stellen wird.

Wieweit die kubanische Wirtschaft von den sowjetischen Lieferungen abhängig ist, geht aus den folgenden Daten hervor:

Im Jahre 1966 liefen 483 sowjetische Frachter kubanische Häfen an, die insgesamt 10 Millionen Tonnen Frachtgut aus der UdSSR gelöscht haben. Darunter befanden sich 1000 Zuckerrohrkombines, die in der Sowjetunion speziell für Kuba entwickelt wurden, zwei Wärmekraftwerke, 40 komplette Industrieanlagen sowie Tiefbohrausrüstungen für die Erdölschürfungen. Laut sowjetischer Statistik betrugen die Erdölexporte nach Kuba im Jahre 1964 3,4 Millionen Tonnen und 1965 3,5 Millionen Tonnen. Nach den Angaben der «Wirtschaft» soll sich im Jahre 1966 diese Zahl auf 5 Millionen Tonnen erhöht haben, was der jährlichen Durchlasskapazität der transkontinentalen Erdölleitung «Freundschaft» entspricht. Zur Unterstützung der Landwirtschaft sollen bis Ende 1967 70 Baumwollerntemaschinen und bis 1970 200 Agroflugzeuge aus der UdSSR eintreffen. Das grösste, durch einen sowjetischen Kredit von 77 Millionen Peseten finanzierte Projekt ist die Rekonstruktion von 152 Zuckerfabriken, «die zwischen dreissig und hundert Jahre alt sind». Damit soll ihre Jahreskapazität bis 1970 10 Millionen Tonnen Rohzucker erreichen.

Kuba ist kein positiver Faktor der sowjetischen Aussenhandelspolitik. In ihrer gegenwärtigen Form und unter den vorhandenen Umständen scheint die kubanische Wirtschaft nur wenig lebensfähig zu sein, weshalb die Sowjetunion mit massiven Hilfeleistungen einspringen muss. Dieser negative Charakter der Wirtschaftsbeziehungen kommt vor allem in der zunehmenden Verschuldung Kubas gegenüber der UdSSR zum Ausdruck, deren Gesamtwert als Staatsgeheimnis behandelt wird. Immerhin ist in dieser Beziehung auf das Passivum des kubanischen Sowjethandels hinzuweisen, das allein in den drei letzten Jahren 314,7 Millionen Rubel (349,6 Millionen Dollar) erreichte. Dazu kommt noch, dass die sowjetischen Maschinen und andere wertvolle Produkte von Kuba zu 88,6 Prozent (1965) durch Zucker und der Rest durch andere ähnliche, für die UdSSR unwichtige Produkte kompensiert

«Sowjetbewusstsein» in der DDR

Für die Zeit vom 23. bis 25. November ist ein Treffen «ehemaliger DDR-Absolventen an sowjetischen Hochschuleinrichtungen der Metallurgie» in Eisenhüttenstadt anberaumt worden. In einem Aufruf zum Treffen, der vom Organisationskomitee in den Betriebszeitungen einschlägiger Betriebe verbreitet wurde, heisst es:

«Wir Absolventen sowjetischer Hochschuleinrichtungen der Metallurgie haben die moralische Verpflichtung, Schrittmacher bei der Verbreitung sowjetischer Neuerermethoden und technologischer Erfahrungen zu sein, da wir alle die Möglichkeit hatten, uns umfassend mit den theoretischen und praktischen Errungenschaften der sowjetischen Metallurgie vertraut zu machen.»

Im einzelnen werden als Zweck des November-Treffens folgende Punkte besonders betont:

Wiederherstellung enger Kontakte zum früheren Lehrstuhl mit dem Ziel, die ehemaligen Lehrer und Dozenten schriftlich zu dem in den DDR-Betrieben bestehenden technologischen Problemen und Qualitätsfragen zu konsultieren.

Vertiefung der Kontakte zwischen den im Werk anwesenden Spezialisten und den Produktionsarbeitern

aktive Mitarbeit in den Betriebszeitungen über die Fragen sowjetischer Neuerermethoden, wissenschaftlich-technischer Errungenschaften der sowjetischen Metallurgie, besonders eindrucksvolle Freundschaftserlebnisse und Darstellung von Ereignissen, Fakten und Organisationsformen.

«die wesentlich zur Schaffung und Festigung des sowjetischen Bewusstseins beitragen».

Helmut Bärwald/Herbert Scheffler: «Partisanen ohne Gewehr — Funktion, Methoden und Argumente kommunistischer Infiltration.» Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1967, 139 Seiten.

Der Begriff der «Infiltration» wird meist vergeblich in Lexika oder Wörterbüchern gesucht, obwohl er im politischen Sprachgebrauch längst Eingang gefunden hat. Mit besonderer Sicht auf die kommunistische Infiltration (namentlich in Deutschland) untersuchen die beiden Autoren Ursprung, Wesen und Prinzip dieses neuen Begriffes und stellen anhand von Beispielen Organisation, Arbeitsweise und Zielbereich der Infiltration sowie das Verhalten der demokratischen Gesellschaft ihr gegenüber dar. Terminologische

Unsere «KB»-Sondernummer

Fünfzig Jahre Sowjetmacht

ist mit einigen Ergänzungen

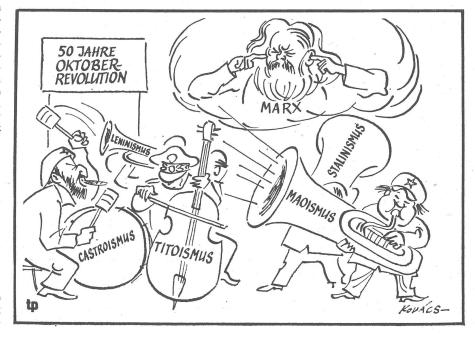
als Broschüre

des SOI-Verlages erschienen. Im Buchhandel für Fr. 4.— erhältlich.

Klärung ist auch hier zunächst am Platz: Friedliche Koexistenz, Klassenkampf, Friedenskampf, Bündnispolitik und viele andere Begriffe können nur dann verstanden werden, wenn man sie in Verbindung mit der politischen Zielsetzung betrachtet, wozu eben die Infiltration gehört.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Tätigkeit der diesbezüglich spezialisierten Zentralen Ostdeutschlands besonders bemerkbar und wird durch unzählige Kanäle durchgeführt. In andern Staaten spielen die sogenannten Frontorganisationen eine besondere Rolle, so der Weltfriedensrat (Zentrale als «Internationales Institut für den Frieden» in Wien), der Weltgewerkschaftsbund (Prag), der Weltbund der Demokratischen Jugend (Budapest), der Internationale Studentenbund (Prag), die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen (Brüssel), die Internationale Journalistenorganisation (Prag) usw.

Nach Ansicht der Verfasser ist besonders der kommunistische Missbrauch der Friedenspropaganda gefährlich, da sie in den Assoziationen der Durchschnittsbürger nur schwer von Gedanken der demokratischen Pazifisten unterschieden wird. Als einzig taugliches Mittel gegen die Infiltration wird die Information genannt. MC



György Lukacs — ein Aristokrat des Kommunismus

Leser der westlichen Presse konnten als erste die Sensation vernehmen, die im Herkunftsland selbst nicht publiziert wurde: György Lukacs, 82, Ungarns Marxist Nummer 1 und nach verbreiteter Ansicht der grösste lebende marxistische Aesthet überhaupt, kehrte nach elfjährigem Ausschluss in die Partei zurück.

Lukacs, der ein Leben lang für Marxismus und Kommunismus eingetreten ist, aber zugleich immer wieder für Freiheit im sowietischen System plädierte, hatte 1956 in Budapest die Fahne der aufständischen Studenten und Arbeiter gewählt. Während der Revolution war er Kulturminister in der Regierung Imre Nagy. Nach dem Sieg der sowjetischen Intervention vom 4. November suchte er gemeinsam mit dem später hingerichteten Ministerpräsidenten in der jugoslawischen Botschaft um Asvl nach. Er verliess sie dann und wurde von den Sowjets für sechs Monate an einen unbekannten Ort deportiert. Im Frühling 1957 kehrte er nach Ungarn zurück. Er wurde aller seiner Aemter enthoben und musste seither zahllose Angriffe der sowjetischen und volksdemokratischen Presse über sich ergehen lassen. Lukacs war nie ein Marxist im üblichen streng dogmatischen und sozusagen «östlichen» Sinn des Wortes. Vielmehr ist er jenen schöpferischen Marxisten zuzuzählen, die gerade in Parteikreisen Anstoss zu erregen pflegen, wie heutzutage etwa der der trotz seiner Pariser ZK-Zugehörigkeit kommunistischerseits heftig angefochtene Franzose Roger Garaudy.

Unter anderem hat Lukacs stets die Meinung vertreten, dass Starrheit und Sturheit nicht unbedingt zum Sozialismus gehören müssen. Er wurde denn auch als entsprechend suspektes Element behandelt, und dies durchaus schon während seiner langen Parteimitgliedschaft zwischen 1919 und 1956. Immer wieder hatte er wegen seiner politischen Ideen und seiner literarischen Urteile schwerwiegende Verdächtigun-

gen der höchsten sowjetischen Parteistellen einzustecken, welche auf die «idealistisch-hegelschen Ueberbleibsel» in seinen Werken hinwiesen. Bereits 1928 legte er dem Kongress der ungarischen KP Vorschläge vor, in denen er die häretische Ansicht vertrat, Ungarn benötige nicht sosehr eine Diktatur des Proletariats als vielmehr eine demokratische Umwandlung. Parteichef Bela Kun riss solche Thesen sofort in Fetzen und brandmarkte sie als «Rechtsabweichung». Der Gemassregelte musste, wie später noch mehrmals, Selbstkritik üben.

Die Zeit der grossen stalinistischen Säuberungen konnte Lukacs vergleichsweise glimpflich überstehen, musste er doch «nur» drei Monate im Gefängnis verbringen. Die rund 15 Jahre seines Sowjetaufenthaltes bis zum Kriegsende hatten ihn gelehrt, dass man auch angesichts der entsetzlichsten Verbrechen nicht resignieren darf, wenn man weiter leben und arbeiten will. Das schloss gewisse Kompromisse mit ein. Etliche seiner Schüler haben ihm übelgenommen, dass er manchmal bereit war, auch die offensichtlichsten Lügen der Parteipropaganda vor der Oeffentlichkeit zu wiederholen.

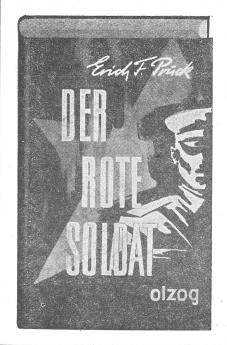
Eine der Thesen Lukacs, die offiziellerseits der Kritik ausgesetzt war und ist, handelt vom «Sieg des Realismus». Seiner Auffassung nach kann selbst ein reaktionärer Schriftsteller objektiv fortschrittliche Werke schaffen. Lukacs nannte hier Balzac als Beispiel. Dieser sei wohl subjektiv ein reaktionärer Royalist, aber dennoch hätten seine Werke keinen reaktionären, sondern einen fortschrittlichen Charakter, weil sie den Sieg der



bürgerlichen Kräfte über den Feudalismus prophezeiten. Eine solche These war natürlich für die Partei unannehmbar, denn sie liess den Gedanken aufkommen, dass auch ein Nichtkommunist oder gar ein Antikommunist der Gegenwart objektiv fortschrittliche Werke schaffen könne. Lukacs verheimlichte auch sonst seine Ansicht nicht, wonach ein schlechter oder mittelmässiger Schriftsteller, mochte er ein noch so überzeugter Marxist-Leninist sein, nie grösser sein werde als ein grosser Dichter mit bürgerlicher Weltanschauung.

Lukacs' Wiederaufnahme in die Partei bedeutet noch nicht seine vollständige Rehabilitierung. Seine Werke, die bisher weder in seiner Heimat noch in andern volksdemokratischen Staaten in ihrer Gesamtheit publiziert werden durften, werden dort auch in Zukunft nur in Form einer Auslese erscheinen. Eine vollständige Ausgabe der Gesamtwerke des weltberühmten Marxisten wird dagegen — ebenso wie die sämtlichen Werke von Karl Marx (einschliesslich der in kommunistischen Ländern nicht genehmen Jugendschriften) — von einem Verlag im «kapitalistischen» Westen vorbereitet.

Michael Csizmas



Zwei Standardwerke!

Erich F. Pruck:

Der Rote Soldat

332 Seiten, Leinen, 19,80 DM, Fr. 22.85

«Die vorwiegend auf sorgfältig zitiertem sowjetischen Quellenmaterial aufgebaute Arbeit zeigt mit grosser Deutlichkeit die den freien Westen bedrohende kommunistische Gefahr und lässt die daraus erwachsende Abwehraufgabe hervortreten.»

«Ost-Dienst», Hamburg

«Die Geschichte der Roten Armee, das Verhältnis von Partei und Heer, die Frage der Führung und von Strategie und Taktik werden hier in gleich umfassender und profunder Weise behandelt wie die verschiedenen Paktsysteme und anderes mehr.» «Orientierung», Zürich

Werner Scharndorff:

Moskaus permanente Säuberung

388 Seiten, Leinen, 27 DM, Fr. 31.20

«Ein aussergewöhnlich präziser und scharfsinniger Beobachter der Vorgänge in der Sowjetunion, der Oesterreicher Werner Scharndorff, legt ein Werk vor, das vielleicht wie kein zweites aus der sehr zahlreich gewordenen Reihe derartiger Bücher geeignet ist, demjenigen, der sich mit den inneren sowjetrussischen Angelegenheiten befassen muss, die Uebersicht zu erleichtern und ein rasches Auffinden aller nur einigermassen ins Gewicht fallenden Tatbestände, mitsamt der beteiligten Personen, zu ermöglichen.»

Günter Olzog Verlag, München 22

Auslieferung in der Schweiz: Engros-Buchhandlung DESSAUER, Postfach, 8036 Zürich.

Vom Nazi zum Leibwächter **Ulbrichts**

Unter der Vielzahl von Persönlichkeiten, die anlässlich des 18. Jahrestages der Gründung der DDR mit Auszeichnungen bedacht wurden, befand sich auch Ulbrichts Leibwächter Franz Gold, dem mit der «Ehrenspange zum Vaterländischen Verdienstorden Gold» das nach dem Karl-Marx-Orden höchste Ehrenzeichen Ostdeutschlands verliehen wurde.

Bei Franz Gold, der als Generalmajor im Ministerium für Staatssicherheit die Abteilung «Personenschutz» leitet und damit für die Sicherheit aller Spitzenfunktionäre verantwortlich ist, handelt es sich um einen ehemaligen Nationalsozialisten, welcher der NSDAP Kroatische (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) Hitlers im Jahre 1938 beigetreten war. Im Krieg ging er später zu den Sowjets über. Für seinen nachherigen Einsatz in der Roten Armee war Gold, der heute Mitglied der SED ist, seinerzeit mit einem sowjetischen Orden und im September 1965 mit der Erinnerungsmedaille «20. Jahrestag des Sieges im Grossen Vaterländischen Krieg 1941—1945» ausgezeichnet worden. Im gleichen Jahr dekorierte Ulbricht ihn mit dem goldenen Verdienstorden.

Geehrt für hervorragende Verdienste «beim Aufbau des Sozialismus und bei der Festigung und Stärkung der DDR» wurden auch die beiden «Arbeiterveteranen» Max Fechner und Jacob Walcher, die vor einiger Zeit noch offiziellerseits als «Feinde der Partei und des Staates» galten. Sie wurden jetzt mit dem «Vaterländischen Verdienstorden in Gold» bedacht. Fechner war geworden, die Mitspracherecht der

nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 seines Amtes als Justizminister enthoben verhaftet und aus der SED ausgeschlossen worden. 1956 wurde er ohne Prozess aus dem Gefängnis entlassen und 1958 wieder in die Partei aufgenommen. Walcher, seinerzeit Mitbegründer der KP Deutschlands und Sekretär ihres Zentralkomitees, war schon 1929 erstmals in Opposition zur Partei geraten, aus welcher er wegen «Rechtsabweichung» ausgeschlossen wurde. Nach Exiljahren in Paris kehrte er Anfang der fünfziger Jahre nach Ostdeutschland zurück, wo er 1952 erneut in Konflikt mit der Parteiführung kam und deshalb seinen Posten als Chefredaktor der Gewerkschaftszeitung «Tribüne» niederlegen musste.

Aussenpolitik?

Die Landesregierung der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien hat einen eigenen Rat für die Beziehungen zum Ausland gebildet. Präsident der neuen Behörde wurde Vjekoslav Prpic, seinerzeit Direktor der jugoslawischen Presseagentur Tanjug, später Botschafter Jugoslawiens in Brüssel und Wien.

Welche Aufgaben dem neuen kroatischen Staatsamt für Auslandbeziehungen genau zugedacht sind, ist in der diesbezüglichen «Borba»-Meldung vom 29. Oktober nicht erwähnt worden. Auf ieden Fall stellt schon die blosse Aufstellung einer solchen Be-hörde in einer jugoslawischen Teilrepublik einen Präzedenzfall dar. Gerade aus Kroatien waren anlässlich der jüngsten jugoslawischen Verfassungsreform (siehe dazu KB, Nr. 14/1967, S. 8-10) immer mehr Stimmen laut



Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des wirtschaftlichen Mechanismus wurden auch in der Sowjetunion mehrere Preisreformen durchgeführt, um den Industriebetrieben zu ermöglichen, ihre Tätigkeit auf Gewinn und Rentabilität umzustellen. Die letzte Etappe dieses Prozesses war die Festlegung der neuen Preise der Schwerindustrie, des Maschinenbaus und der Rüstungsindustrie.

Preise, besonders bei den Grund- und Brennstoffen sowie bei der Elektroenergie, wesentlich höher als bisher. Herabgesetzt worden sind sie namentlich im Maschinenbau. Diese Massnahme wird von den zuständigen Fachleuten damit begründet, dass die fraglichen Industriezweige bisher defizitär und mit eingeplanten Verlusten gearbeitet hätten, was nicht länger zulässig sei. Mit anderen Worten haben während der vergangenen fünfzig Jahre alle Partei- und Staatsinstanzen die defizitäre Geschäftsgebarung nicht nur geduldet, sondern durch ihren Einbau in die Jahrespläne auch sanktioniert. Die neuen Preise sollen diese Anomalien beheben und die mit Verlusten operierenden Betriebe in gewinnabwerfende Unternehmungen verwandeln. Die Aussichten werden günstig beurteilt. Man verweist etwa auf die Erfahrungen der Leichtindustrie, wo die Preisreform bereits vor mehr als

Im allgemeinen liegen die neuen einem Jahr stattgefunden hat. Hier konnten die Fabriken, die nach dem neuen System und mit den neugestalteten Preisen arbeiten, schon am ersten Jahresende gute Erfolge aufweisen. Ungeklärt bleibt freilich, wie der Maschinenbau sein gegenwärtiges Preis-

niveau absichtsgemäss um 1 bis 2 Prozent senken soll, obwohl die Preise der Roh- und Brennstoffe, der Metalle sowie der Elektroenergie bedeutend zugenommen haben und ein Teil des Maschinenparks laut sowjetischen Darstellungen veraltet ist. Ebenso scheint auch offengelassen zu werden, wer die aus allfällig verspäteten oder qualitätsmässig mangelhaften Zulieferungen entstehenden Mehrkosten und Verluste vergüten wird. Diese Preiserhöhungen werden natürlich auch auf die Wirtschaft der übrigen sozialistischen Staaten nicht ohne Einfluss bleiben, da deren Industrie auf die sowjetischen Rohstoff- und Energielieferungen aufgebaut ist.



Teilrepubliken an der Gestaltung der jugoslawischen Aussenpolitik verlangten. Will man nun in Zagreb ein bisschen «kroatische Aussenpolitik» spielen oder gar ernsthaft etwas in dieser Richtung unternehmen, um solche Forderungen zu befriedigen?

Klassengesellschaft in Ungarn?

Die ungarische Gesellschaft zur Förderung der Sozial- und Naturwissenschaft hat in ihrer Zeitschrift «Valosag» eine Studie über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung veröffentlicht. Die Studie basiert auf Untersuchungen, die 1963 bei 15 000 Haushalten durchgeführt wurden. Der Kommunismus, so heisst es, hätte zwar die Extreme der gesellschaftlichen Struktur ausmerzen können, aber trotzdem seien noch «wirksame soziale Schranken» vorhanden. Leute mit guter Ausbildung hätten die Chance, in solche Stellungen zu gelangen, wo wirklich Geld verdient wird. Sie könnten es sich dadurch leisten, wiederum ihren Kindern eine gute Ausbildung zuteil werden zu lassen. Dadurch würden auch sie ebenfalls gut bezahlte Stellungen bekommen.

Die Zeitschrift stellt nüchtern fest. dass das neue Wirtschaftssystem, durch das Profitdenken und Initiative gefördert werden sollen, wiederum der Klasse grösseren Nutzen bringen wird, die

schon heute als privilegiert gelten muss.

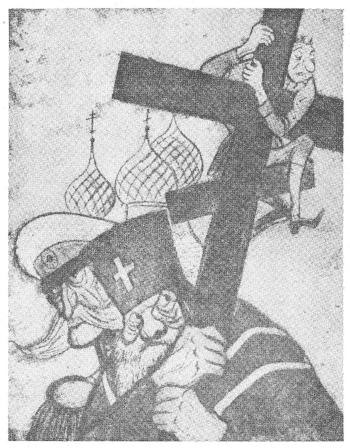
In der Studie heisst es, dass es für die gesellschaftliche Stellung eines Ungarn von ausschlaggebender Bedeutung sei, welche Arbeit er ausführe und wie hoch sein Verdienst sei. In den Spitzenpositionen seien die Gehälter zweieinhalbmal so hoch wie in unteren Stufen. Die Untersuchung weist darauf hin, dass die Hälfte der Bauern in fünf oder sogar mehr Monaten des Jahres 1962 keinerlei Barentlohnung erhalten habe.

Ueber 33 Prozent der befragten Landarbeiter und fast 37 Prozent der befragten ungelernten Arbeiter haben ein Einkommen von nur 600 Forint. Wer 500 Forint verdient, stellt die Zeitung fest, steht «ernsten Problemen bei der Deckung der einfachsten Ansprüche» gegenüber.

Kinder aus intellektuellen Familien kommen zu 69 Prozent in geistigen Berufen unter. Bei ungelernten Arbeitern ist der Prozentsatz nur 13. Auch bei den Studenten kommt der grösste Prozentsatz aus intellektuellen Familien. Kinder von Hilfsarbeitern studieren am wenigsten. In der Studie wird betont, dass die Unterschiede im beruflichen Streben der Kinder «nur teilweise auf die unterschiedlichen finanziellen Verhältnisse» zurückzuführen seien; in der Mehrzahl der Fälle spiegelten sie vielmehr eine allgemeine soziale Verhaltensweise wider.

Im europäischen Vorfeld des Oktobergedenkens:

Konformität mit Variationen



Klassisch konform ist dieser ostdeutsche Erinnerungshelgen mit dem Titel «Kerenski». Die «Märkische Volksstimme», Potsdam, veröffentlichte ihn mit der Schlagzeile: «Neue Grafiken zur Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution... von fast beklemmender Aktualität.» Was die stilistischen Merkmale der Radierung (die an der VI. Deutschen Kunstausstellung in Ost-Berlin gezeigt wurde) betrifft, ist das ein bisschen viel gesagt. Aber auch die inhaltliche Aussage scheint eigentlich übertrieben: Selbst wenn Breschnew und Kossygin ihr Kreuz haben mögen, so ausschliesslich von Kirche und Armee getragen werden sie wahrscheinlich denn doch nicht...



Konform im Inhalt, weniger konform in der Form ist die Reproduktion einer alten Karikatur von 1922 in «Szpilki», Warschau. Lenin erscheint als Schreckgespenst einer Kapitalistenkonferenz, was in Ordnung ist. Aber er erscheint in deutlich karikierter Gestalt, was nach den ikonographischen Regeln unzulässig ist und etwa in der UdSSR nicht denkbar wäre.



Gegen den Konformismus ist diese Karikatur von «Jesch», Belgrad: «Ich bin nicht einverstanden!» (mit dem — meist im Namen des Sozialismus gefassten — einstimmigen Beschluss), ruft Marx der Versammlung zu.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG ● Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern ● Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern ● Telephon (031) 43 12 12 ● Telegramm: Schweizost Bern ● Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger ● Abonnementenverwaltung: Oswald Schürch ● Inseratenverwaltung: Th. Schöppach ● Druck: Verbandsdruckerei AG Bern ● Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./ DM 1.— ● Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 ● Postcheck 30-24616 ● Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.